11616/AB XXIV. GP

Eingelangt am 03.08.2012

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Bundeskanzler

Anfragebeantwortung

An die Präsidentin des Nationalrats Mag^a Barbara PRAMMER Parlament 1017 <u>Wien</u>

GZ: BKA-353.110/0125-I/4/2012

Wien, am 3. August 2012

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Stefan, Kolleginnen und Kollegen haben am 5. Juni 2012 unter der **Nr. 11795/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Ausstieg Polens aus dem EU-Forschungsprogramm "INDECT" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 8:

- Wie weit arbeiten öffentliche Einrichtungen in Österreich bei dem EU-Forschungsprojekt "Indect" mit?
- ➤ Welche öffentlichen Einrichtungen in Österreich arbeiten bei dem EU-Forschungsprojekt "Indect" mit?
- ➤ Ist ein Ausstieg aus diesem Forschungsprogramm geplant, nachdem auch Polen ausgestiegen ist?
- Wenn ja, wann?
- ➤ Wenn nein, warum nicht?
- Sehen Sie dieses Projekt genauso kritisch wie der polnische Innenminister?

- Meinen Sie nicht, dass es eine Einschränkung in den Bürger- und Freiheitsrechten der Österreicher geben könnte, wenn Österreich nicht aus diesem "Bürgerbespitzelungs-Projekt" aussteigt?
- > Oder nehmen sie diese Einschränkung der Bürger- und Freiheitrechte in Kauf?

Wie bereits in der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage Nr. 7113/J dargelegt ist das Bundeskanzleramt mit dem Forschungsprojekt "INDECT" nicht befasst.

Mit freundlichen Grüßen